

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) nicht mehr zu machen, sondern den jetzt eingeschlagenen Weg, der ja der richtige ist, konsequent fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beschließen diesen Haushalt in einem außergewöhnlich kritischen und schwierigen europäischen und internationalen Umfeld.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Das stimmt!)

Irland hat am vergangenen Wochenende den Antrag auf finanziellen Beistand gestellt. Wir sind in intensiven Beratungen. Wir hoffen, wir gehen davon aus, dass bis zum Wochenanfang die notwendigen Verabredungen zwischen EZB, Europäischer Kommission und IWF getroffen sind. Natürlich haben wir verabredet – das wird auch eingehalten –, dass wir den Haushaltsausschuss über jeden neuen Stand bei den Verhandlungen informieren. Die entsprechenden Verabredungen sind getroffen. Wir werden, sobald wir Entscheidungen offiziell mitteilen können – Sie müssen ja getroffen sein, bevor man sie verbindlich mitteilen kann –, auch formell den Haushaltsausschuss unterrichten. Zuvor haben wir aber durch telefonische Kontakte zu jedem Zeitpunkt jedwede Unterrichtung sichergestellt. Mir liegt daran, dass so verfahren wird. Ich glaube auch, dass wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen, um die beunruhigende Wirkung, die dieser Antrag Irlands auf die Märkte hat, und die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, zu begrenzen und möglichst rasch zu überwinden.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Peter Danckert [SPD]: Was sagen Sie denn zu Herrn Weber?)

Die Krise in Irland, die ja von den irischen Banken ausgeht, zeigt im Übrigen, wie gut und wichtig es ist, dass wir mit dem Gesetz zur Restrukturierung der Banken einen dauerhaften Mechanismus geschaffen haben. Ich bin froh, dass der Bundesrat heute seine notwendige Zustimmung zu diesem Gesetz gegeben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind auch bei der Bewältigung der Folgen der Finanz- und Bankenkrise aus dem Jahr 2008 in unserem Land noch nicht am Ende. Vielmehr liegt eine Menge schwerer verantwortungsvoller Aufgaben vor uns; diese müssen mit großer Sorgfalt und Umsicht sowie mit möglichst wenig **Spekulationen** – das würde ja nur Verunsicherung auf den Märkten hervorrufen – bewältigt werden. Wenn sich daran alle halten, Herr Kollege Danckert – to whom it may concern –, ist das sehr hilfreich. All die Verunsicherungen und Spekulationen, die wir im Augenblick auf den internationalen Märkten haben, dienen der Stabilität von Wirtschaft und Finanzen in Deutschland, in Europa und weltweit nicht. Deswegen leiste ich keinen Beitrag dazu, diese Spekulationen zu vermehren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Jahre 2008, als wir vor der Notwendigkeit standen, ohne entsprechendes Instrumentarium kurzfristig die Überle-

bensfähigkeit der Banken zu sichern, richtig gehandelt – das wird ja nicht bestritten –, indem wir Übergangslösungen geschaffen haben. Damals haben wir aber zugleich gesagt: Auf Dauer brauchen wir einen besseren Mechanismus. Diesen haben wir jetzt mit dem Bankenrestrukturierungsgesetz geschaffen, das nun verabschiedet, ausgefertigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Etwas Entsprechendes brauchen wir auch für den **Euro**. Für den Euro haben wir bis zum Jahr 2013 durch die schwierigen Entscheidungen, die wir in den ersten Monaten dieses Jahres bis hin zum Mai getroffen haben, die notwendige Vorsorge getroffen. Die Irland-Krise kann mit diesem Instrumentarium gemeistert und bewältigt werden. Natürlich stellt aber auch das nur eine Übergangslösung dar. Deshalb arbeiten wir mit Hochdruck daran, eine Dauerlösung für die Zeit ab 2013 zu schaffen. Dazu hat der Europäische Rat die notwendigen Grundentscheidungen getroffen. Jetzt muss daran gearbeitet werden, dass in der Sitzung des Europäischen Rates am 16. und 17. Dezember all dieses konkretisiert wird; denn wir brauchen eine dauerhafte Lösung für die gemeinsame europäische Währung.

Angesichts großer Verunsicherung und vieler banger Fragen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger will ich noch einmal sagen: Man muss bei allem, was wir diskutieren, immer sagen: Wir Deutsche profitieren von der gemeinsamen europäischen Währung in einem Maße, wie wir es uns gar nicht jeden Tag wieder und wieder klarmachen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Unsere wirtschaftliche Lage hängt entscheidend von unseren **Erfolgen auf den Weltmärkten** ab.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage gestatten?

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Nein, ich möchte das jetzt einmal im Zusammenhang vortragen, weil wichtig ist, dass wir es wieder und wieder sagen. Wir verschwenden nicht das Geld unserer Steuerzahler für irgendjemand anders, der in Europa angeblich weniger solide ist oder so, sondern wir nehmen unsere eigenen Interessen, unsere Verantwortung für unsere Zukunft in der richtigen Weise wahr, wenn wir auf politische und ökonomische Integration in Europa setzen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung, die zu unserem Vorteil ist, stabil halten. Das ist unsere Verpflichtung und unsere Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hätten nicht den wirtschaftlichen Erfolg, wir hätten nicht das hohe Maß an Beschäftigung und die Gott sei Dank geringer gewordene Arbeitslosigkeit, wenn wir diese gemeinsame europäische Währung nicht hätten. Deswegen werden wir weiter daran arbeiten, sie stabil und nachhaltig zu halten. Dazu brauchen wir eine Dauer-

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Lösung, die eng angelehnt sein wird – das sage ich all denjenigen, die alle möglichen haltlosen Spekulationen in die Welt setzen – an das, was wir an Instrumentarien in der **europäischen Finanzierungsfaszilität** haben. Sie wird den IWF einbeziehen. Sie wird die bewährten, von den Finanzmärkten gekannten Verfahrensweisen und Erfahrungen des IWF einbeziehen. Wir werden natürlich die Gläubiger einbeziehen müssen, indem wir bei der Ausgabe von Anleihen in den Collective Action Clauses unter bestimmten Voraussetzungen Mehrheitsentscheidungen von Gläubigern ermöglichen, die dann fallbezogen, je nach Situation, Case by Case, in dem Management umgesetzt werden können, wie wir das jetzt auch in der europäischen Finanzierungsfaszilität haben.

Wenn wir so eine Lösung finden, wird das nicht zur Verunsicherung der Märkte, sondern – ganz im Gegenteil – zur Versicherung der Märkte führen. Genau dafür arbeiten wir. Ich bin zuversichtlich, dass wir das in den nächsten Tagen auch schaffen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich Sie bitte, dem Bundeshaushalt 2011 Ihre Zustimmung zu geben,

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre doch ein bisschen viel! – Joachim Poß [SPD]: Wahrlich zu viel!)

kann ich das guten Gewissens und aus Überzeugung tun. Sie leisten mit der Zustimmung, mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2011 einen Beitrag dazu, dass unser Land in schwierigen Zeiten einen guten Weg findet, dass wir wirtschaftlich weiter vorankommen, dass wir so, wie es die Bundeskanzlerin am Anfang der Legislaturperiode gesagt hat, am Ende stärker aus der Krise herauskommen, als wir in sie hineingegangen sind, dass wir die Krise auch als Chance nutzen, um uns für eine Zukunft in Nachhaltigkeit und Stabilität besser zu wappnen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Der Weg bleibt anstrengend. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, er lohnt sich im Interesse unserer Verantwortung für die Zukunft. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zum Haushalt 2011.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Petra Merkel hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Schäuble, Sie können vieles von uns verlangen. Aber die Bitte, dem Haushalt zuzustimmen, geht zu weit. Das können Sie sicherlich selbst verstehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum?)

Sie sind mit dem **Sparpaket** für den Haushalt 2011 angetreten, das bei den Haushaltsberatungen insgesamt eine große Rolle gespielt hat. Das Sparpaket, das, wie

Sie meinen, wegen der Schuldenbremse nötig ist – zur Schuldenbremse komme ich nachher noch einmal –, ist ein Sparpaket, das die Lasten einseitig verteilt. Die Einseitigkeit ist allerdings nicht der Schuldenbremse geschuldet.

(Beifall bei der SPD)

Denn weder Sie, Frau Bundeskanzlerin, noch Sie, Herr Finanzminister, weder Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ich sind von diesen Sparmaßnahmen betroffen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Wir alle hier leisten keinen Beitrag zu dem Sparpaket. Aber Langzeitarbeitslose werden unter diesem Sparpaket leiden. Sie von der schwarz-gelben Koalition kürzen die Eingliederungsmaßnahmen bei der Bundesagentur für Arbeit. Sie schaden also genau den Menschen, die häufig vielfältige Probleme haben und Unterstützung brauchen, um auf den Arbeitsmarkt zu gelangen.

Wir alle hier haben keine Nachteile. Aber Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen werden unter diesem Sparpaket leiden. Sie von der schwarz-gelben Koalition nehmen den häufig alleinerziehenden Frauen das Erziehungsgeld weg, 300 Euro im Monat. Das sind diejenigen Menschen, die das Geld ausgeben und nicht in Anlagen spekulieren. Wir alle hier müssen uns nicht einschränken; aber die Mieterinnen und Mieter, die den Wohngeldzuschuss brauchen, werden unter diesem Sparpaket leiden. Sie von der schwarz-gelben Koalition nehmen ihnen den Heizkostenzuschuss weg. Außerdem werden die ganz normalen Mieterinnen und Mieter mit Fernwärmeheizung unter diesem Sparpaket leiden; denn Sie von der schwarz-gelben Koalition streichen die Steuererleichterungen für Fernwärme und sorgen damit für höhere Mieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Am verheerendsten ist: Die Ballungsräume in Deutschland werden ebenfalls unter diesem Sparpaket leiden. Sie von der schwarz-gelben Koalition reden vollmundig von Integration und streichen die Mittel für das Programm – na, was – „**Soziale Stadt**“ von 95 Millionen Euro auf 25,8 Millionen Euro zusammen. Noch einmal: Die Mittel für die „Soziale Stadt“ werden nicht nur für Baumaßnahmen genutzt, sondern auch für Projekte zur Aktivierung von Menschen, die sich in Stadtteilen mit erheblichen sozialen Schwierigkeiten engagieren, die nicht aufgeben, sondern neue soziale Verbindungen und Bindungen entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um Mittel für Stellen der Quartiersmanager.

Wir als Abgeordnete werden sehr wohl spüren, dass die **Städte** in Deutschland unter diesem Sparpaket leiden. Sie von der schwarz-gelben Koalition streichen die Städtebauförderung um ein Viertel. Das hat negative Auswirkungen auf das Handwerk vor Ort und damit auf die Arbeitsplätze. Sie hätten das Ruder noch in den letzten Monaten bei den Beratungen des Haushalts 2011 herumreißen können. Wir haben im Haushaltsausschuss Anhörungen zu Ihren Gesetzentwürfen durchgeführt.

Petra Merkel (Berlin)

- (A) Was haben Sie mit den Stellungnahmen der Sachverständigen eigentlich gemacht?

Der Paritätische Gesamtverband hat einen *Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011–2014* aufgelegt. Ich kann Ihnen nicht ersparen, ein Bild aus diesem Atlas hochzuhalten, weil es so augenscheinlich ist. Das schwarz-gelbe Sparpaket ist eindeutig ein Lastenpaket für den Osten und für einige Regionen in Westdeutschland; sie sind im Norden, im Saarland und woanders. Nicht betroffen ist der reichere Süden.

(Otto Fricke [FDP]: Das ist pro Kopf, nicht wahr?)

– Ja, es ist pro Kopf. Es ist die Einnahmekraft, die genau in diesen Regionen verloren geht.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Und absolut gesehen sieht es genau andersherum aus!)

Deswegen ist das, was da vermittelt wird, so dramatisch.

Ganz klar: Das schwarz-gelbe Sparpaket verschärft die ungleichen Lebensverhältnisse in Deutschland. Sie sparen genau bei denen, wo es kaum Spielräume zum Sparen gibt, wo jeder Euro zählt, und nicht dort, wo das Geld ein wenig lockerer sitzt, nicht dort, wo es den Leuten gut geht. Was ist das für ein Verständnis von Gerechtigkeit, und was ist das für ein Verständnis von Ausgleich und sozialem Zusammenhalt?

(Beifall bei der SPD)

- (B) Können Sie sich noch daran erinnern, wie am 5. Oktober 2008 die Bundeskanzlerin und der damalige Finanzminister Steinbrück vor die Presse traten und sagten: „Die Spareinlagen sind sicher“? Diejenigen, die durch den Bankenrettungsschirm, also durch das Eintreten des Staates, Sicherheit bezüglich Spareinlagen, Versicherungen und Anlagevermögen erhalten haben, müssen sich nicht Sorgen. Übrigens müssen sich auch die Banker und die Banken nicht Sorgen. Sie werden vom schwarz-gelben Sparpaket keinen Hauch spüren. So sieht Gerechtigkeit bei Schwarz-Gelb aus.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Perfide!)

Die SPD-Bundestagsfraktion legt ihre eigenen Vorstellungen zum Haushaltsgesetz mit einem Entschließungsantrag, Drucksache 17/3912, vor, Kollege Koppelin. Ich führe hier fünf unserer Vorschläge an, durch die der deutsche Staat handlungsfähig wird – die Handlungsfähigkeit steht bei uns im Mittelpunkt –:

Erstens. Ein gesetzlicher, flächendeckender **Mindestlohn**

(Beifall bei der SPD)

führt sowohl zu staatlichen Mehreinnahmen als auch zu Mehreinnahmen von gesetzlicher Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und zur Entlastung der Bundesagentur für Arbeit. Die Menschen müssen von ihrem Einkommen leben können und dürfen nicht auf das Aufstücken angewiesen sein. Das ist gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Zweitens. Der **Spitzensteuersatz** bei der Einkommensteuer ist von 42 Prozent auf 49 Prozent zu erhöhen bei einem Bruttojahreseinkommen von – hören Sie gut hin! – 100 000 Euro für Ledige und 200 000 für Verheiratete. Das bedeutet Mehreinnahmen des Bundes von circa 2,8 Milliarden Euro. So werden stärkere Schultern mehr tragen.

Drittens. Die SPD-Fraktion ist für eine Rücknahme des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Erhöhung des Kindergeldes. Sie alle erinnern sich an die Mövenpick-Spende und die Steuersenkung für Hoteliers. Das brächte allein für den Bund Einnahmen in Höhe von circa 1,8 Milliarden Euro. Auch Länder und Gemeinden würden profitieren.

Viertens. Ein neu gestaltetes Kernbrennstoffsteuergesetz würde zu Mehreinnahmen von 1,2 Milliarden Euro führen. Wir wollen diese Mittel teilweise für das Gebäudesanierungsprogramm und für klimaschützende Investitionen verwenden. Das schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt, fünftens. Es muss endlich eine **Bundessteuerverwaltung** oder ein ähnliches Instrument eingeführt werden. Denn jeder in Deutschland muss seine Steuern zahlen, unabhängig vom Bundesland. Dafür haben wir die Unterstützung des Bundesrechnungshofs. Allein diese Maßnahme brächte zusätzliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe, die dem Staat jetzt entgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Ich komme zur **Schuldenbremse**. Die im Grundgesetz festgeschriebene neue Schuldenregel wird zum ersten Mal beim Haushalt 2011 angewandt. Dabei haben Sie, die Bundesregierung, schon jetzt Gegenwind von den Sachverständigen bekommen. Die glorreichen Drei, Bundesrechnungshof, Bundesbank und Sachverständigenrat für Wirtschaft, fordern eine aktuelle Neuberechnung des Sockels, der Ausgangshöhe der Schuldenbremse. Nach Auffassung des Bundesrechnungshofs setzt die Regierung den Kreditspielraum für die kommenden Jahre deutlich zu hoch an. Dieses Vorgehen sei „mit dem Sinn und Zweck der neuen Schuldengrenze kaum vereinbar“.

Der Sachverständigenrat für Wirtschaft hat in seinem jüngsten Jahresgutachten eine fundierte Neuberechnung des strukturellen Defizits vorgelegt. Demnach ergibt sich für 2010 eine Ausgangverschuldung von 40 Milliarden Euro anstatt der 53 Milliarden Euro, die Sie, Herr Finanzminister, für die nächsten Jahre zugrunde legen. Diese Differenz von 13 Milliarden Euro wird erhebliche Auswirkungen auf die Verschuldung im Jahr 2011 und in den kommenden Jahren haben; denn wir zahlen allein für diese 13 Milliarden Euro knapp 300 Millionen Euro zusätzliche Schuldzinsen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein! Die Berechnung besagt doch nur, was anzunehmen ist! Das sind nicht die faktischen Zahlen!)

Die Schuldenregel ist „trocken“, doch vielen ist inzwischen klar: Der Einstieg in die Schuldenbremse ist

Petra Merkel (Berlin)

- (A) von großer Bedeutung. Wie beim Bau einer Treppe wird jetzt – nur in diesem Jahr – die Höhe der Abwärtsstufen bei der Aufnahme neuer Schulden in den Jahren 2011 bis 2016 festgelegt. Sie legen für dieses Jahr – anders als es der Sachverständigenrat vorschlägt – nicht die aktuellen Steuereinnahmen zugrunde, sondern erhöhen künstlich die Stufen. Sie nehmen ein Polster von 13 Milliarden Euro ins nächste Jahr mit. Warum? Sie wollen damit eine Steuersenkung im Wahljahr 2013 vorbereiten. Das wird eine Steuersenkung auf Pump. Sie wird schon jetzt mit der Festlegung der hohen Stufen vorbereitet.

(Beifall bei der SPD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Unsolide!)

Zum Schluss möchte ich etwas als Vorsitzende des Haushaltsausschusses sagen. Wir haben 60 Stunden lang über den Haushalt 2011 beraten. Wir haben über 1 104 Anträge abgestimmt. Die Bereinigungssitzung hat – ich kann sagen: wie immer – bis morgens um vier Uhr gedauert. Sie alle wissen: Wir Abgeordnete können vieles, aber nicht alles; wir sind auf die Zuarbeit angewiesen. Deswegen danke ich besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats des Haushaltsausschusses, die heute ausnahmsweise hier hinten sitzen – was wären wir ohne Sie –,

(Beifall)

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Caterings – was wären wir ohne ihre Versorgung –, den Saaldienern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, besonders des Finanzministeriums, dem Minister, den Staatssekretären – Staatssekretär Kampeter hat die Nacht der Bereinigungssitzung mit uns verbracht –, den Vertretern des Bundesrechnungshofs und natürlich unseren eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Allen ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit und Ihr Engagement! Schließlich ein Dank an alle Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für die Zusammenarbeit. Eines ist sicher: Der nächste Haushalt kommt bestimmt.

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Florian Toncar (FDP):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am Ende der Haushaltsberatungen 2011 und fast am Jahresende kann man die Frage stellen: Steht Deutschland heute besser da als vor einem Jahr?

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Wenn man sich die Fakten anschaut, dann erkennt man: Das Wirtschaftswachstum übertrifft alle Erwartungen; die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken; die Renten

steigen wieder; auch die Löhne werden in nächster Zeit vermutlich wieder steigen. Man muss also sagen: Für die meisten Menschen gibt es Grund zur Zuversicht; dem Land geht es insgesamt deutlich besser als noch vor zwölf Monaten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun mögen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sagen, das sei die **Leistung der Bürger**. Da sagen wir von der Koalition: Genauso ist es; das ist die Leistung der Bürger. Deswegen lassen wir die Bürger machen und behindern sie nicht dabei.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür haben wir durch eine Steuerentlastung zum 1. Januar 2010 gesorgt, die die Bürger, gerade die Mittelschicht und die Familienunternehmen, deutlich entlastet hat.

Außerdem legen wir trotz einer äußerst angespannten Finanzlage in diesem Haushalt einen Schwerpunkt auf die **Bildung**. Das zeigen die Rekordausgaben. Keine Bundesregierung hat je so viel für Bildung und Forschung ausgegeben wie diese. Das zeigt, dass wir auf die Bürger setzen, um durch die Krise zu kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Und Sie? Im Gegensatz dazu stellen Sie, immer wenn es um den Haushalt geht, die Frage: Was braucht der Staat, um durch diese Krise zu kommen? Wir fragen uns zuerst: Was brauchen die Bürgerinnen und Bürger, um durch diese Krise zu kommen? Das ist der fundamentale Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Bewusst falsche Gegensätze!)

So verständlich und grundsätzlich richtig es war, dass man in der unmittelbaren Krise Ende 2008 und Anfang 2009 Konjunkturprogramme aufgelegt hat – manches war richtig, manches, wie die Abwrackprämie, aber auch völlig überflüssig –, so klar muss man heute, am Ende des Jahres 2010, sehen, dass eine schuldenfinanzierte Stimulierung der Wirtschaft durch **Konjunkturprogramme** nur eine Übergangslösung, aber keine nachhaltige Lösung sein kann. Man kann nicht immer wieder darauf verweisen, dass das der Schlüssel zum Aufschwung ist. Das war er vielleicht vor einem Jahr, das ist aber keine Lösung für die nächsten Jahre in Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aus diesem Grund bemüht sich die Koalition, durch die Erhöhung der Ausgaben im Bereich Bildung – Stichwort: Bildungschancen –, durch die Verbesserung der Wachstumschancen für Familienunternehmen, durch Veränderungen im steuerlichen Bereich und durch sinnvolle Investitionen Wachstumschancen zu schaffen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das funktioniert aber nur dann, wenn man das mit einer Politik der strikten

(C)
(D)